

Pressemitteilung zur Ankündigung der Auflösung der Landesschulbehörde

Die NDV sieht die während der Sommerferien angekündigte Auflösung der Landesschulbehörde in der derzeitigen Form mit großem Befremden.

Geplant ist die Rückstufung der Teilbehörden zu Ämtern, eine zentrale Koordination soll direkt aus dem MK und in Teilen durch die Leitungen der neu errichteten Landesämter erfolgen.

Diese Entscheidung ist in mehrfacher Hinsicht äußerst fragwürdig.

1. Als regulative Idee der Reform wird eine „nachhaltige Verbesserung von Steuerung und Dienstleistungsqualität“ angeführt, die nur durch „eine umfangreiche Änderung im Gesamtsystem“ erreicht werden könne. Konkrete Sachgründe dafür aber werden nicht genannt, sondern es wird lediglich pauschal beiläufig auf „Handlungsempfehlungen“ der Governance Consulting Agentur public one verwiesen, die vom MK mit einer Evaluation der gesamten administrativen Führungsstrukturen im Kultusbereich des Landes beauftragt worden war. Trotz mehrfacher Anfragen von Opposition und auch der NDV wurde die seit Ende des vergangenen Jahres vorliegende Studie nicht veröffentlicht. Nach Aussage des MK vom 1. 8. soll dies auch so bleiben. Diese Geheimhaltung des aus Steuergeldern finanzierten Gutachtens widerspricht allen Grundsätzen politischer Transparenz: Ohne seine Veröffentlichung kann niemand die getroffenen Maßnahmen beurteilen. Damit ist der Verdacht unabweisbar, dass hier unbequeme Ergebnisse, die ganz andere Konsequenzen nahegelegt hätten, vertuscht werden sollen.
2. Die jetzt verfügten Maßnahmen führen über die bei der Auflösung der Bezirksregierungen (2005) vorgenommenen Strukturveränderungen hinaus und nehmen sie teilweise zurück. Der in den letzten Jahren erreichte Grad an einheitlichem Verwaltungshandeln wird so ohne Not in Frage gestellt: Schulische Grundsatzentscheidungen sollten in Borkum und Braunlage in vergleichbarer Weise erfolgen, gute Schulqualität darf für Eltern keine Frage des Wohnortes sein. Bislang hat die noch bestehende Schulbehörde für die Einhaltung dieses Grundsatzes erhebliche Anstrengungen investiert und auch messbare Erfolge zu verzeichnen. Es ist nicht erkennbar, inwieweit das durch die neue Steuerung aus dem MK heraus in derselben Weise gesichert werden kann, zumal mit keinem Wort bisher angedeutet wurde, welche Probleme im bisherigen System nicht lösbar waren und inwiefern ihnen durch die geplante Reform begegnet werden kann. Das MK selbst ist derzeit außerstande, die Umsetzung der bisherigen Stabsstelle zu organisieren, sowohl personell wie im Hinblick auf die erforderliche Sachkompetenz.
3. Die avisierte Trennung von Beratung und Beurteilung erscheint nur auf den ersten Blick plausibel. Verwaltungshandeln muss klaren und überall gleichen Kriterien folgen. Es ist ein selbstverständlicher und notwendiger Anspruch an die Professionalität von Lehrkräften, Schulleitungen und Ausbildern im Studienseminar Beratung und Beurteilung in ihrem Handeln zu verbinden.

Fazit: Die NDV vermisst bei der beschlossenen tiefgreifenden Umsteuerung jegliche Professionalität im Vorgehen, denn die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung hätten in enger Abstimmung mit den Akteuren aus Landesschulbehörde und Schulen bilanziert werden müssen. Nur so hätte man mit einer gewissen Plausibilität sicherstellen können, dass Dinge nicht nur anders, sondern besser werden. Es wird so auch nicht ansatzweise möglich sein, Lehrkräften in den Schulen, die ja explizit im Fokus allen Handelns stehen sollen, ein solches Vorgehen zu erklären. Das aber wäre nötig, wenn die „nachhaltige Weiterentwicklung von Steuerung und Dienstleistungsqualität“ schulischer Administration nicht nur eine Floskel bleiben soll. Eine solche Politik des MK verstärkt vielmehr die von den Lehrkräften in der Online-Befragung zum Ausdruck gebrachte tiefe Skepsis gegenüber vorgesetzten Behörden und kann zu Recht als Ausdruck eines unzeitgemäßen Zynismus der Macht gedeutet werden.

Göttingen, den 5. August 2019

Dr. Wolfgang Schimpf
(1. Vorsitzender)